

Bundesamt für Sport
Herr Markus Feller
Hauptstrasse 245 - 253
2532 Magglingen/Macolin

Glarus, 27. März 2012
Unsere Ref: 2011-232

Vernehmlassung i. S. Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Feller
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir. Im Grundsatz werden die im Verordnungsentwurf getroffenen Regelungen von uns begrüsst. Zu den einzelnen Bestimmungen erlauben wir uns nachfolgende Bemerkungen anzubringen:

- Art. 1** Der Begriff der Gewerbsmässigkeit sollte konkreter gefasst werden. Falls davon abgesehen wird, ist zumindest in der Kommentierung (eventuell auch nochmals unter Verweis auf den Gesetzesbericht) eine nähere Umschreibung dessen, was grundsätzlich unter gewerbsmässig zu verstehen ist, vorzunehmen. Die derzeitige Definition der Gewerbsmässigkeit geht im Übrigen sehr weit. In der Kommentierung sollte eine einlässliche Auseinandersetzung mit der Frage stattfinden, warum für eine gewerbsmässige Tätigkeit nicht Planmässigkeit und Absicht der dauerhaften Einkommenserzielung voraussetzt.
- Art. 2 Abs. 1 Bst. g** Der sogenannte Kiene-Swing ist bei der Umschreibung des Bungee-Jumpings als eine Variante explizit ein- oder implizit nicht auszuschliessen.
- Art. 5 Abs. 1 Bst. a** Das Diplom der Internationalen Vereinigung der Bergführerverbände (IVBV) ist nicht explizit zu erwähnen, sondern die Anerkennung von Ausbildungen sollte im Einzelfall oder generell dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) überlassen werden, weil die permanente Qualitätsüberwachung durch das BBT besser gewährleistet werden kann. Sinngemäss kann die Formulierung in Art. 6 Abs. 1 (Schneesportlehrer) übernommen werden. Abs. 3 wäre in diesem Fall entsprechend anzupassen.
- Art. 6 Abs. 2** Zur Vermeidung der Verwechslungsgefahr mit der Tätigkeit der Bergführer/innen sollte der Begriff „Führen“ durch „Unterrichten“ ersetzt werden.

<p>Art. 6 Abs. 2 Bst. b und Art. 7 Abs. 4 Bst. b</p>	<p>Der Inhalt der Wendung „geringes Risiko“ gemäss „sachgerechter Beurteilung“ gilt es zu präzisieren, damit klar ist, dass nicht (nur) die Einstufung des nationalen Lawinenbulletins des Schweizerischen Instituts für Schnee- und Lawinenforschung (SLF) gemeint ist. Allenfalls wäre eine anzuwendende Methode zu erwähnen, so z.B. die Grafische Reduktionsmethode (GRM) der vom „Kern-Ausbildungsteam Lawinenprävention Schneesport“ des SLF herausgegebenen Broschüre „Achtung Lawinen“.</p>
<p>Art. 6 Abs. 3</p>	<p>Die Berechtigung zu solcher Tätigkeit sollte auf Abfahrten im (z.B. von Sportbahnen) erschlossenen Gebiet beschränkt werden, da die Schneesportlehrpersonen keine genügende Lawinenausbildung für das übrige Gebiet haben.</p>
<p>Art. 7 Abs. 1</p>	<p>Die Ausdehnung der Bewilligungspflicht allgemein auf gewerbsmässige Aktivitäten im gebirgigen Gelände ist näher zu prüfen. Es gibt auch exponierte Stellen mit erhöhter Absturzgefahr, die nicht schnee- und eisbedeckt sind.</p>
<p>Art. 7 Abs. 3 und Art. 7 Abs. 4</p>	<p>An beiden Stellen könnte ebenfalls zur Vermeidung von Verwechslungen nicht „Führen“ sondern „Begleiten“ verwendet werden. Diese Wendung gibt im Übrigen die französische Umschreibung „Accompagnateur de randonnée“ präziser wieder.</p>
<p>Art. 8 Abs. 3 (richtig Abs. 4) Bst. a und b</p>	<p>Die Bewilligung für Kletterlehrer ist hinsichtlich der damit berechnigte Aktivitäten wie folgt zu beschränken:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Klettern an künstlichen Infrastrukturen (In- und Outdoor) - Klettern im Gelände, wenn die Routen einem der folgenden Kriterien entsprechen: <ul style="list-style-type: none"> a. Klettergärten mit Zu- und Abstieg über einfache Wege und maximal eine Seillänge lang über dem Start. b. Gut abgesicherte Mehrseillängenrouten der Stufe „Plaisir“ mit Einstieg unterhalb 1300 m.ü.M. c. Definierte Routen gemäss Routeninventar i.S.v. Art. 3 der Verordnung. <p>Kletterlehrer erhalten nur eine einfache Ausbildung in Bezug auf alpine Gefahren. Für das Führen von Gästen zu und in verschiedenen Klettergebieten der Glarneralpen (z.B. Jegerstöck, Vorabwestwand, etc.) sind die Kletterlehrer nicht ausgebildet.</p>
<p>Art. 10 Abs. 1 Bst. d</p>	<p>Anstatt der Formulierung „selber zertifiziert“ müsste es heissen „selber bewilligt bzw. Bewilligungsinhaber, weil sonst streng nach Wortlaut nur mit zertifizierten, aber nicht mit bewilligten Betrieben zusammen gearbeitet werden könnte.</p>
<p>Art. 12 Abs. 1 Bst. a</p>	<p>Die Ausnahme von der Bewilligungspflicht von ausländischen Anbietern aus dem EU/EFTA-Raum überzeugt nicht und ist unseres Erachtens auch nicht nötig. Das FZA will lediglich eine Diskriminierung von Anbietern aus der Schweiz und dem EU/EFTA-Raum verhindern. Solange ein Bewilligungsvorbehalt aus Gründen der Sicherheit auch für schweizerische Anbieter gilt, steht einer Unterstellung der ausländischen Anbieter unter das gleiche Regime nichts entgegen. Unbedingt zu prüfen gilt es des Weiteren die Möglichkeit, die ausländischen Anbieter von Risikoaktivitäten dem bewährten Online-Meldeverfahren des Bundesamtes für Migration (BFM) zu unterstellen, so wie es für alle die anderen Dienstleistungserbringer und Entsandten aus dem EU/EFTA-Raum gilt und seit</p>

Jahren erfolgreich praktiziert wird. Die vorgesehene Sonderlösung mit einer Meldung an das BASPO erweist sich prima vista zumindest als unzweckmässig, zumal die bisherige Prozedur via BFM eingespielt und damit der Informationsfluss zu den Kantonen, die das RiskG zu vollziehen und damit dessen Einhaltung zu kontrollieren haben, garantiert ist. Falls die beiden Verfahren konkurrierend zur Anwendung gelangen sollen, wäre dies in der RiskV klar zu stellen.

- Art. 13 Abs. 2** Als Anknüpfungskriterium für die Anwendbarkeit der Risikoaktivitätengesetzgebung erweist sich eine blosser Inland-Übernachtung als nicht sachgerecht. Das Kriterium der Dauer der konkreten Risikoaktivität auf Schweizer Boden eignet sich besser. (Bsp. Die Hütte ist im Inland, der Klettergarten im Ausland.)
- Art. 15 Abs. 1** Die Weiterbildung sollte auf vier Tage erhöht werden, da sonst der geltende Standard der Schneesportlehrer unterboten würde.
- Art. 16** Die in diesem Artikel bestimmten Meldepflichten werden nicht sanktioniert und sind deshalb evtl. wenig wirksam. Ein Amtshilferecht (inkl. Melderecht für Versicherungen, Prüfinstanzen, Zertifizierungsstellen) bzw. eine Pflicht zur Information bei Strafurteilen wäre griffiger.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrter Herr Feller, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Regierungsrat



Röbi Marti
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

versandt am: 29. März 2012